VI. Preußischer Städtetag.

(Telegraphischer Bericht.)

(Nachdr. verb.) S. u. H. **Königsburg i. Pr.**, 5. Okt.

Im festlich geschmückten Saale der Königsberger Börse trat heute mittag der 6. Preußische Städtetag zu seiner aus Anlaß der 100jährigen Jubelfeier der preußischen Städteordnung veranstalteten

Festsitzung

unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Kirschner (Berlin) und in Gegenwart des Ministers des Innern v. Moltke zusammen. Neben dem Minister war noch der neue Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Windheim, der Regierungspräsident v. Werder und die Mitglieder des Oberpräsidiums anwesend. Der Vorsitzende Oberbürgermeister Kirschner leitete die Verhandlungen mit einem Hinweis auf die bevorstehende Hundertjahrfeier der ersten preußischen Städteordnung von 1808 ein.

Hierauf ergriff

Staatsminister von Moltke

das Wort, um namens des preußischen Staatsministeriums dem Städtetage den herzlichsten Glückwunsch zu der Jubelfeier zu überbringen. Auch er feierte die Städteordnung von 1808, die sich nicht in der dankbaren Anerkennung der Bewahrung dieses Verfassungsgesetzes für unsere Städte in kommunaler Hinsicht erschöpfe, sondern über viele Hunderte von Gesetzen in unserer Monarchie hinausgehe, in ihrer Bedeutung. Das Geheimnis dieser weittragenden Bedeutung liege in der historischen und ethischen Mission der Selbstverwaltung, auf der sie aufgebaut sei. Ihre geschichtliche Mission sei ihre Bestimmung zur Mithilfe an der Erhebung des Vaterlandes aus Schwäche und Not gewesen, in einem Augenblick, da die alten Stützen des Staatsgebäudes versagen zu wollen schienen.

Den großen Reformwerken im Anfang des vorigen Jahrhunderts sei das Zurückgreifen auf Kräfte gemeinsam, die bisher in der Bevölkerung noch ungehoben schlummerten. So die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht, die Aufhebung der Leibeigenschaft, und endlich die Selbstverwaltung in der Städteordnung. Die gewaltige Kraftreserve, über die Preußen verfügte, sei in den Dienst der großen Aufgabe gestellt worden, das Vaterland von der Knechtschaft zu befreien, und kaum ein Lustrum nach Erlaß der Städteordnung habe der Kanonendonner der Schlacht bei Leipzig die Erfüllung der preußischen Sehnsucht, die Wiedergeburt aus eigener Kraft, verkündet. Die ethische Mission der Selbstverwaltung sei in der Erweckung des städtischen Bürgers zur Liebe und Hingabe an die gemeinsamen Aufgaben, zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwesen zu erblicken. Wie das Vertrauen Steins sich lohnte, habe das Bild der preußischen Städte nach einem Jahrhundert gezeigt. Die Bürgerschaft habe sich als beste Stütze des Staates, als treue Hüterin der Vaterlandsliebe und zuverlässige Verwalterin der kommunalen Zwecke bewährt. (Stürmischer Beifall.) Unter der Städteordnung und in Verfolg der großen politischen Ereignisse, die zur Reichsgründung führten, seien die Städte weit hinaus über den engen Kreis ihrer alten Aufgaben gewachsen. Wenn man den heutigen Zustand im Armen- und Krankenwesen, im Verkehrswesen, bei den Schulen und hygienischen Einrichtungen in Vergleich stelle mit dem des vorigen Jahrhunderts, so fühle man den Riesenschritt der Kultur auf dem Gebiete kommunalen Wesens. Die Städte hätten neue Aufgaben der sozialen Kommunalpolitik opferwillig übernommen, in dem Pflichtgefühl, zur geistigen und wirtschaftlichen Hebung der minderbemittelten Bevölkerung beizutragen. Mit dem Wachstum der städtischen Bevölkerung poche die Forderung der Wohnungsfürsorge immer stärker an die Tür. Wir können, erklärte der Minister, von den Kommunen erwarten, daß sie mit bewährter Tüchtigkeit an die endgültige Lösung dieser Aufgabe herantreten werden. Arbeit im Dienste der Stadt wird stets auch im Dienste des Vaterlandes sein. In hoher Genugtuung über den Geist, der den Städtetag beweet, bitte ich Sie, in preußischer Gemeinschaftlichkeit die großen Aufgaben des gemeinsamen Wohls, sozialer Hilfe, ihrer Lösung näher zu führen, mit frischem Wagemut, dann wird Ihrer Arbeit der Segen nicht fehlen." — Diese Rede wurde von der Versammlung mit langandauerndem lebhaften Beifall aufgenommen.

Es wurde dann in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Beratung stand das Thema:

Die Entwicklung der preußischen Städte seit dem Erlaß der Städteordnung von 1808.

An erster Stelle behandelte Stadtverordneter Prof. Dr. Preuß (Berlin) die Verfassungsfrage. Jedenfalls wurden die Beklemmungen ängstlicher Gemüter, die von der Einführung der neuen Ordnung etwas wie eine Städterevolution erwarteten, oder sich doch den Anschein solcher Sorgen gegeben hatten, durch die Tatsachen ad absurdum geführt. Die Einführung geschah zuerst im Jahre 1809 in Königsberg, Elbing, dann in Berlin und den brandenburgischen Städten. In zwei Jahren war die Einführung fast überall beendigt.

Als ein organisches Glied im Gesamtbau eines von Grund auf erneuten Staatswesens war die Städteordnung gedacht. Als ein isoliertes, auf sich allein gestelltes Institut war sie ins Leben getreten, denn die Staatsorganisation blieb noch 40 Jahre lang im Absolutismus stecken. Kaum war aber die Städteordnung in Kraft getreten, so erschienen in immer wachsender Zahl Kabinettsorders, die den Charakter von Deklarationen zur Städteordnung beanspruchten. Daran schlossen sich zahlreiche Ministerialreskripte, die das Gesetz nur zum Teil ausführten und auslegten, großenteils aber umdeuteten und abänderten. Charakteristisch für ihre Tendenz ist die immer beliebter gewordene Heranziehung der Bestimmungen des preußischen Landrechts zur Deklaration der Städteordnung. Wie in den amtlichen Kreisen, so wurde auch literarisch in einer für jene Zeit umfangreichen Polemik durch Presse und Streitschriften um Sein oder Nichtsein der ersten Städteordnung gekämpft. Wilhelm v. Humboldt, der dem Geist der Reformarbeit treu geblieben war, trat damals für die freiheitlichen Prinzipien der ersten Städteordnung ein. Der damalige Gesetzgeber, der eine revidierte Städteordnung schuf, tat aber ungefähr das Gegenteil von dem, was Humboldt riet. Die revidierte Städteordnung vom 17. März 1831 legt die Entscheidung aller Streitfragen der städtischen Verwaltung in die Hand der Regierung. Sie brachte auch jene Definition der Staatsaufsicht, als deren Inhalt es bezeichnet wird, „dafür zu sorgen, daß die Verwaltung fortwährend in dem vorgeschriebenen Gange bleibt und Störungen beseitigt werden." Das ist in Wahrheit keine Aufsicht mehr, das ist polizeistaatliche Diktatur. Auch ein neues Zwangsmittel dieser Staatsaufsicht verdanken wir der revidierten Städteordnung, nämlich die Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung, „die fortwährend ihre Pflichten vernachlässigt und in Unordnung oder Parteiung fällt." Schließlich scheute man doch davor zurück, die erste Städteordnung durch diese Revision schlankweg zu beseitigen. Man ließ vielmehr den im Besitze der Städteordnung befindlichen Städten die Wahl zwischen beiden Gesetzen. Die Wahl war so leicht, daß sich in allen alten Provinzen nur drei Städte fanden, die freiwillig den seltsamen Tausch vornahmen, nämlich Königsberg in der Neumark, Wendisch-Buchholz und Kremmen.

Eine Kabinettsorder von 1832 stellte die bisher zur ersten Städteordnung erlassenen Deklarationen zusammen, wodurch der Inhalt jenes Gesetzes, dem der Revision angenähert wurde. Der Leitgedanke der Steinschen Reform, die Verfassung des Volksstaates aus der kommunalen Selbstverwaltung heraus zu entwickeln, war nicht zur Durchführung gelangt. Mit glücklichem Griff hob man in der Frankfurter Paulskirche die Punkte heraus, die als Leitsätze für die einzelstaatliche kommunale Gesetzgebung zu gelten hatte und nahm sie als Normativbestimmungen in die Grundrechte des deutschen Volkes auf.

In Preußen hatte schon im August 1848 das Ministerium Auerswald der Nationalversammlung den Entwurf zu einer Gemeindeordnung vorgelegt. Einer der ersten Akte der jungen konstitutionellen Gesetzgebung war das Gesetzesbündel vom 11. März 1850, das auf einmal eine neue Gemeindeordnung, eine Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung und ein Polizeiverwaltungsgesetz brachte. Mit vier Systemen des Staatsrechts und mit einem Zustand der Verwaltungsorganisation — halb Rohbau und halb Ruine — trat Preußen in die Aera der Reichsgründung ein. Durch die Annexion von 1876 traten zu jenen vier noch fünf weitere Städteordnungen hinzu.

Was in Preußen die kommunale Selbstverwaltung eingengt, das ist ein gewisses Mißtrauen gegen die Unabhängigkeit der Selbstverwaltung zugunsten der Ueberlegenheit staatlicher obrigkeitlicher Gewalt. Von großer Tragweite, ja eine Lebensfrage für die ganze kommunale Selbstverwaltung ist das Verhältnis der Stadtgemeinde zur Ortspolizei. Indem die Uebertragung der staatlichen Ortspolizei nicht auf den Magistrat erfolgt, sondern auf den Bürgermeister und ein Mitglied des Magistrats, hat die Regierung ein bequemes Mittel in der Hand, um einen Keil in die Selbstverwaltungsorganisation hineinzutreiben. An diesem Punkte kann die Selbstverwaltung aus den Angeln gehoben werden. Der Redner schildert eingehend die Beziehungen zwischen Selbstverwaltung und Ortspolizei. Die bisherige Methode bedeute geradezu die Wiederherstellung der Subordination an Stelle der Aufsicht im Sinne der Selbstverwaltung. Man führt für die Notwendigkeit des staatlichen Polizeimonopols besonders die Gefahr parteimäßiger Handhabung durch die Gemeinde an. Bestehen solche Gefahren aber nicht auch beim Staate? Man will keineswegs den alten Glauben an die Unfehlbarkeit des Staates durch den neuen Glauben an die Unfehlbarkeit der Gemeinde setzen. Vielmehr besteht die Ueberzeugung, daß die Fehler hier eher als durch die Bevormundung von oben durch die Kontrolle und Beeinflussung von unten vermieden werden können. Daß die neuere Verwaltungsgesetzgebung durch die Ausbildung des Beschluß- und namentlich des Verwaltungsstreitverfahrens gewisse Verbesserungen gebracht hat, ist gern anzuerkennen. Es ist dies vielleicht der einzige wesentliche Fortschritt des städtischen Selbstverwaltungsrechtes seit den Tagen Steins. Indessen bietet die eigenartige Bildung der Beschlußbehörden gerade der städtischen Selbstverwaltung doch keine ausreichende Garantie. Ausgeschaltet ist die Rechtskontrolle regelmäßig auf dem weiten Gebiet, das dem freien Ermessen der Aufsichtsbehörden überlassen ist. Einst hatte der Staatsabsolutismus als Gegengewicht gegen die patrimoniale Selbstherrlichkeit der städtischen Vertretungen die staatliche Bestätigung eingeführt. Die erste Städteordnung beseitigte diese Patrimonialität und setzte bestimmte Amtstermine fest. Sie behielt aber das staatliche Bestätigungsrecht bei. Die revidierte Städteordnung zog die Staatsaufsicht weit schärfer an. Die kurzlebige Gemeindeordnung von 1850 ist auf die Bestätigung der Bürgermeister und Beigeordnete beschränkt. Diese Beschränkungen gingen jedoch nicht in die Städteordnungen der fünfziger Jahre über. Diese Bestätigungsfrage spielte verschiedentlich eine wichtige Rolle, auch in der Organisationsgesetzgebung der achtziger Jahre. Dann kam ein Kompromiß der schlimmsten Sorte, das Zuständigkeitsgesetz 1883. Danach kann der Regierungspräsident die Bestätigung nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagen. Die versagte Zustimmung kann aber durch den Minister des Innern ergänzt werden. Die Vermischung von Aufsicht und Subordination ist auch eine der Ursachen, die zu dem das ganze Jahrhundert hindurch währenden Streite zwischen Staat und Stadt um die Volksschule geführt haben. Diese Volksschule, die trotz aller Verordnungen des alten Absolutismus erst durch die städtischen Selbstverwaltungen zu einer Wahrheit geworden ist. Die erste Städteordnung hat die Frage ohne weiteres zugunsten der Selbstverwaltung entschieden. Aber die Rücksicht auf ein anderes Problem, nämlich das Verhältnis von Schule und Kirche, hindert an einen zweifelsfreien Willensausdruck. Man überließ die Regelung dieses heiklen Problems einer späteren Zeit und wies auf die Notwendigkeit des umfassenden Unterrichtsgesetzes hin, das nun auch bald das Säkularfest seines Nichtzustandekommens begehen kann (Heiterkeit). Das Uebergewicht, das die erste Städteordnung den Stadtverordneten als beschließendes und regelmäßig entscheidendes Organ dem ausführenden Magistrate gegenüber gegeben hatte, wurde durch die Revision von 1831 in eine völlig dualistische Koordination verwandelt.

Für die dadurch gesteigerte Möglichkeit eines Konfliktes war die Regierungsentscheidung vorgesehen. Die Teilung der städtischen Funktionen in drei Gruppen, solche, die der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung allein und schließlich beide gemeinsam ausführten, ist in die späteren Ordnungen übergegangen. Das kommunale Zweikammersystem hat in jeder Form so unverkennbare Schattenseiten, daß sich auch daraus die unerschütterliche Anhänglichkeit der Rheinländer an ihre Bürgermeisterverfassung erklärt. Die mit dem kommunalen Zweikammersystem verbundene Kollegialhypperthropie entspricht nicht mehr den modernen Verhältnissen. Helfen kann hier nur eine sich den besonderen Bedürfnissen der Gemeinde anpassende Organisation, die nicht nach einer allgemeinen Schablone, sondern durch die Autonomie der einzelnen Gemeinden selbst zu schaffen wäre. Dieselbe Notwendigkeit zeigt sich noch an vielen anderen Punkten, z. B. bei dem Problem der Ortsdezentralisation großstädtischer Selbstverwaltungen. Heutzutage genügt der Bezirksvorsteher nicht mehr. Dieses Institut ist verkümmert. Für den hier herrschenden Notstand ist die nachgerade weltberühmte Kommunalanarchie von Groß-Berlin das schlimmste doch keineswegs einzige Beispiel. Die angemessene Kommunalorganisation der heutigen großstädtischen Agglomerationen kann nicht durch Eingemeindung allein geschaffen werden. Vielmehr muß damit eine dezentralisierende Organisation, die Bildung von Sondergemeinden im Rahmen der großen Gemeinde Hand in Hand gehen. Ueber die organisatorischen Rechtsnormen, namentlich für das Verhältnis der Teilgemeinde zur großen Gemeinde, können Prinzipien nicht nach einem allgemeinen Schema aufgestellt werden. Diese Frage muß individuell behandelt werden.

Die städtischen Gemeinden müssen von den Fesseln, die sie drücken, befreit werden. An der ersten Jahrhundertwende städtischer Selbstverwaltung ist die Zeit dafür gekommen. Den kleinen ohnmächtigen Bürgerschaften wurde vor hundert Jahren die Grundlage ihrer Selbständigkeit geschenkt. Der gewaltige Urbanisierungsprozeß dieses Jahrhunderts hat die deutschen und preußischen Städte an die Spitze der nationalen Kultur gehoben.

Das Korreferat über die Entwicklung der preußischen Städte seit dem Erlaß der Städteordnung hatte

Oberbürgermeister Dr. Rive-Halle

übernommen, der sich mit der Verwaltungsfrage beschäftigte. Er führte aus: Als das Gesetz dem Städter die Stadt, dem Bürger das Bürgerrecht gab, mußte die Nation sich an das Geschenk der Freiheit erst gewöhnen, mußte empfinden lernen, daß das Verantwortlichkeitsgefühl höher steht als dumpfer Gehorsam. Das war nur langsam möglich. Mißtrauisch blickte die Bürgerschaft auf das neue Gesetz, unterstützt von der allgemeinen Bureaukratie. Kein Wunder, daß sich viele Städte gegen die Städteordnung sträubten, daß Bürgerschaftsvertreter offen erklärten, das neue Gesetz werde scheitern an der Armut und der Dummheit der Bürger! Aber die Teilnahme an der Verwaltung bildete auch die Fähigkeit zur Verwaltung aus. Man erkannte auch bald, daß die Grenzen der Selbstverwaltung nicht dort lagen, wo die Einnahmen aufhörten, sondern daß die Ausgaben von dem öffentlichen Wohl bedingt sein müßten. In der Bestimmung des § 56 der Städteordnung, wonach die Ausgaben auf die Einwohner verteilt werden sollten, lag die große reale Macht des Reformwerkes. Dem wechselnden Bedarf paßte sich die Form der Verteilung, die Besteuerung an. Der Ordnungssinn in der inneren Verwaltung trat allmählich auch nach außen hin in die Erscheinung. Schul- und Armenwesen wurden ausgebaut. Inzwischen nahm auch das Geschäftsleben ein anderes Aussehen an, es strebte mächtig vorwärts. Langsam stieg der Wohlstand der Städte, aber sparsam und korrekt kam die Selbstverwaltung ihren Pflichten nach. Die breite Oeffentlichkeit kümmerte sich freilich noch wenig um die Aufgaben der Selbstverwaltung. In den fünfziger Jahren erinnerten sich die Städte ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der Hygiene, der Verschönerungskunst. Es wurden Gartenanlagen und öffentliche Parks geschaffen. Auf dem Gebiete der selbständigen Betriebe blieben die Städte noch rückständig. Das hat sich später schwer gerächt, z. B. bei der Frage der Uebernahme der von ausländischen Gesellschaften ins Leben gerufenen Gasanstalten. Es ist die Eigenart jener Epoche, daß sie sich den Anforderungen der Humanität und Bildung nicht weniger zugänglich zeigte wie den Lehren des kapitalistischen Geistes. In letzterer Beziehung erfuhren die städtischen Sparkassen allmählich eine beträchtliche Ausdehnung. Erschwerend bei dem glänzenden Bilde fielen die Ausgaben ins Gewicht. Der Staat hatte seinerzeit den Rat erteilt, die Beiträge zu den Gemeindeausgaben in Form von Zuschlägen zu den Staatssteuern zu erheben, die Entwicklung zeitigte aber im allgemeinen ein recht buntes Bild der Art der Besteuerung. Die Grundlage bildete meistens der bis zu 50 Prozent erlaubte Zuschlag zur staatlichen Schlacht- und Mahlsteuer. Später wurde sogar ein Drittel der staatlichen Mahlsteuer den Gemeinden überlassen. Schließlich wurde aber überall die Klassensteuer durchgeführt, die staatliche Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben und letztere nur unter gewissen Voraussetzungen als Gemeindesteuer belassen. Daneben aber kamen Haus-, Mietssteuern, Aufwands- und Verkehrssteuern usw., je nach der Findigkeit der kommunalen Finanzköpfe. Gleichwohl in dieser Zeit schon die kommunale Anleihe ihre Rolle zu spielen begann, langten doch alle diese Quellen für die vielen Ausgaben nicht aus. Man kam auf allerlei merkwürdige Steuerprojekte: die Besteuerung des Haltens von Gesinde oder Federvieh. Der Tabakraucher sollte seine Passion mit einem Taler jährlich bezahlen. Ja, sogar an die Besteuerung der Gasbeleuchtung dachte man. So weit wirft also das elektrische Steuerlicht der Gegenwart seine Strahlen in die dunkle Vergangenheit. Erst der Finanztechnik und der Volkswirtschaft seit der neuern Zeit war es vorbehalten, der Steuerpolitik klare Gedanken und gesunde Grundlagen zu geben. Trotz alledem hat sich die Selbstverwaltung der damaligen Zeit ihrer gewaltigen Aufgabe fähig gezeigt und der Großstadtentwicklung einen Boden geschaffen, auf den wir von der Höhe der Zeit nur mit Bewunderung herabsehen können. Wo freilich die Selbstverwaltung durch reaktionäre Staatsorgane oder polizeiliche Bureaukratie an freier Entfaltung behindert war, verkümmerte die Entwicklung. Zum unerfreulichsten Beispiel hierfür wurde die Landeshauptstadt. Die städtischen Körperschaften sahen sich auf Schritt und Tritt gehemmt durch die weitausgedehnte Zuständigkeit des Polizeipräsidenten und die alte Tradition, daß die Verwaltung der Hauptstadt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081006047/fragment/page=0001

eigentlich Staatsaufgabe sei. So kam es, daß Berlin mit mancher großstädtischen Einrichtung hinter anderen Städten zurückblieb. Als die Emanzipation endlich gelungen war, als die Stadt besonders im Jahre 1875 die Herrschaft über ihre Straßen gewonnen hatte, hat gerade Berlin in unerreichter Vollendung gezeigt, was eine freie Selbstverwaltung vermag.

Die Periode der ersten Städteentwicklung großen Stils ging zu Ende, eine unvergleichlich größere folgte ihr. Ein wirtschaftliches Leben von unendlicher Triebkraft und ein geistiges Schaffen voll schöpferischer Ideen begann, wuchs und vertiefte sich im Laufe wechselvoller Zeiten und erhob die Städte zum Mittelpunkte realer Macht und zur Pflegestätte geistiger Kultur und sozialer Sitten. Unaufhaltsam drängt der Strom der Menschen in die Städte, zu den Quellen der Intelligenz, der Arbeit und der öffentlichen Wohlfahrt. Ungeheuer ist das Wachstum der Städte. Und ihre wachsende Masse hat das Städtebild verändert und dem Städtebau unbegrenzte Aufgaben gestellt. Es gilt den Bebauungsplan der Stadt zu schaffen, entsprechend den Bedürfnissen der Gegenwart und genügend den Zwecken künftiger Generationen. Der Städtebau ist noch zu jung, um auf der Höhe der Vollendung zu stehen, aber vieles ist bereits erreicht. Aus den Gräben und Wällen alter Festungen läßt die neue Städtebaukunst Promenaden und Schmuckanlagen entstehen, mitten im wirbelnden Verkehr schafft sie lauschige Plätzchen der Erholung. Es braucht nur erinnert zu werden an die herrlichen Anlagen Wiesbadens, den Volksgarten zu Düsseldorf, die Idylle des Königin Luise-Gartens in Erfurt, den Scheitniger Park in Breslau und den Viktoriapark in Berlin. Es gibt keinen zweiten Bauherrn, dem eine solche Fülle der Bauaufgaben, der Mittel und der Erfindung in die Hand gegeben wäre wie die heutige Stadtverwaltung. Die Blüte jeder großen Kulturzeit hat ihrer Macht in charakteristischen Hochbauten Ausdruck gegeben. In den Städtebauten der Neuzeit manifestiert sich der große Zug der Verwaltung, das materielle, geistige und künstlerische Vermögen der Stadt, das Bewußtsein der öffentlichen ästhetischen Verantwortung.

Trägt schon die Bauweise der Feuersicherheit Rechnung, so schützt vor allgemeiner Feuersgefahr das Institut der Feuerwehr, die sich seit ihren Anfängen in den fünfziger Jahren zu ihrer heutigen glänzenden Stellung entwickelt hat. — Die Befriedigung der Massenbedürfnisse auf dem Gebiete des Verkehrs, bei Wasser, Licht, Wärme, Betriebskraft, durch eigene Einrichtungen ist die wirtschaftliche Aufgabe der Kommunen geworden. Der doktrinäre Streit über Privat- und Kommunalbetrieb ist längst überstanden. Die Belehrung ist allerdings erst nach langen Kämpfen erreicht worden und mußte mit schweren Opfern bezahlt werden. Wo immer aber städtische Betriebswerke in Gang kamen, haben sie bewiesen, daß sie an Leistungsfähigkeit privaten durchaus ebenbürtig sind. Immerhin sind noch in 138 Städten die Gaswerke in privatem Besitz. Bei den elektrischen Werken überwiegt die Privatindustrie sogar bei weitem. Bedauerlicherweise ist das Verständnis für den Betrieb in eigener Regie hinsichtlich der Straßenbahnen den Kommunalpolitikern erst sehr spät aufgegangen. Nur 42 Städte, darunter wenig große, meist Mittelstädte wie Kottbus, Trier, Halberstadt, Münster, befinden sich im Besitz aller oder einiger ihrer Straßenbahnlinien, keineswegs ist aber dieser Betrieb überall zur Rentabilität gelangt. Wenn auch die privaten Gesellschaften teilweise recht erhebliche Abgaben an die Gemeinden leisten, so ist doch ihr Bestehen ein außerordentlicher Nachteil für die Stadtverwaltung. Dieser Nachteil wird zur schwersten Schädigung der städtischen Interessen, wenn die staatlichen Behörden fortfahren, das Kleinbahngesetz gegen die Städte anzuwenden und über ihren Kopf hinweg Konzessionen zu erteilen oder zu prolongieren, oder wenn die Konkurrenzklausel des Konzessionsvertrages so ausgelegt wird, wie es gegenüber städtischen Bahnprojekten die Große Berliner Straßenbahngesellschaft im Verfahren vor den ordentlichen Gerichten vergeblich, im Schiedsgerichtsverfahren demnächst mit Erfolg versucht hat. Ganz anders betätigt sich die Fürsorge des Staates auf dem Gebiete der Wasserwerke, der Schlacht- und Viehhöfe, der Markthallen usw.

Mit der wachsenden Entwickelung nähern sich die einzelnen Kommunen immer mehr, es erhebt sich ein Widerstreit der sich kreuzenden Kommunalinteressen und tausendfach erhebt sich die Notwendigkeit der Eingemeindung. Ganz besonders schwierig wird eine solche Eingemeindung, wenn es sich um ein bisheriges Mitglied eines Landkreises handelt. Viele Städte bringen schwere Opfer und freuen sich dennoch, wenn sie die neue Existenzberechtigung durch die Eingemeindung verwirklicht sehen. Ganz ausgeschlossen von dieser Freude ist die Landeshauptstadt, über deren Erweiterung zu einem Großberlin trotz unerträglicher Wirrnisse der konkurrierenden Interessen ein ministerieller Unstern seit vielen Jahren schweigend schwebt. Um die Eingemeindung vorzubreiten, verfolgen viele Gemeinden die Politik des Grunderwerbs in den Vororten. Dadurch ist der Stadt zugleich ein Mittel zur Verhinderung schädlicher Spekulation in die Hand gegeben. Durch die Erschließung wohlfeilen Baulandes fördert die Stadt auch die Wohnungsfürsorge. Der Kreis der sozialen Maßnahmen der Stadt läßt sich nicht programmäßig abgrenzen, dort wo sie verwaltet, hat sie auch soziale Pflichten zu erfüllen. Soweit sie selbst Arbeitgeberin ist, hat sie ihr soziales Verständnis durch ausreichende Besoldung ihrer Beamten und Arbeiter zu betätigen, durch Ordnung der Arbeitsverhältnisse, Fürsorge für die Lebenshaltung, Sicherung für den Fall der Krankheit und Invalidität. In raschem Maße ist in den letzten Jahren die Erkenntnis hierfür gestiegen. Der Höchstpunkt des sozialen Fortschritts ist die Armenverwaltung, das eigentliche Gebiet kommunaler Betätigung. In keinem Zweige kommunaler Tätigkeit hat der Gedanke der Selbstverwaltung edlere Verkörperung gefunden als in der Armenpflege durch das Elberfelder System. Hier kommt die freiwillige Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung am meisten zur Entfaltung, am warmherzigsten findet hier das Gemeingefühl des einzelnen seinen Ausdruck. — In der Gemeindeschule sind die Rechte der Selbstverwaltung am wenigsten zur Entwickelung gekommen, das Können der Selbstverwaltung aber feiert in ihr seinen stolzesten Triumph. Wo würde die Entwickelung der Schule sein, wenn sich die Städte nur auf die Hergabe der Mittel beschränkten und sich nicht auch um das innere Leben der Schule kümmerten! Auch auf dem Gebiete des neu entwickelten gewerblichen Unterrichtswesens hat die Stadt fördernd und helfend eingegriffen. Den breiten Massen will sie die Schätze des Wissens durch Volksbibliotheken zugänglich machen. Der Redner schloß: Der Geist, der heute Stadt und Bürger beseelt, ist der Lebensodem jenes Mannes, der als des gebeugten Vaterlandes ungebeugter Sohn in den danieberliegenden Städten das Werkzeug für die Aufrichtung des Vaterlandes und seine zukünftige Größe erkannte. Bei seinem Tode hat Dahlmann gesagt: „Die Zeit wird kommen, da man ihm seine Tugenden verzeiht.“ 100 Jahre sind vergangen. Die Zeit ist gekommen. (Lebh. Beifall.)

(Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.)

XXI. Generalversammlung des Evangelischen Bundes.

Braunschweig, 4. Oktober.

Eingeleitet wurde der Tag durch vier Festgottesdienste in den ehrwürdigen, festlich geschmückten Kirchen der Feststadt, die bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Ueberall erklang von den imposanten Gemeinden das alte Lutherlied: Ein feste Burg ist unser Gott!

Sodann folgte die Begrüßungsversammlung, die von mehr als 1500 Personen besucht war und durch Prolog, gemeinsamen Gesang und musikalische Darbietungen verschönt wurde.

Zur Begrüßung nahm zunächst der Vorsitzende des Braunschweigischen Hauptvereins und des Festkomitees Professor Dr. Vieweg das Wort. Er knüpfte zwischen Worms, dem Ort der letzten Generalversammlung, und Braunschweig ein Band historischer Erinnerungen.

Auf dem Wormser Reichstage bot Herzog Erich von Braunschweig Luther einen Trunk Einbecker Bieres. Lutherdenkmal in Worms und Lessingdenkmal in Braunschweig haben denselben Schöpfer, Meister Rietschel, und Bugenhagen, den auch das Wormser Standbild verkörpert, war Braunschweigs erster Reformator. Was die Väter geschaffen, wollen wir Enkel festhalten. Braunschweig stand mit an der Wiege des Evangelischen Bundes, drei hervorragende Männer haben seinen Gründungsaufruf mit unterschrieben und der Evangelische Bund ist seitdem mit 4000 Mitgliedern im Herzogtum die größte evangelische Organisation geworden. Wir freuen uns darum, daß der Bund jetzt zu uns gekommen ist und Dank den Bürgern, Gemeinden- und Staatsbehörden, daß sie ihn so herzlich aufgenommen! (Lebh. Beifall.)

Nunmehr entbot

Minister Wolff

der Generalversammlung des Bundes unter freudigem Bravo der Anwesenden den Gruß des Herzog-Regenten. Einen gleichen Gruß überbrachte er namens des Staatsministeriums und führte dazu aus:

Das Willkommen von Höchster Stelle und die Begrüßung seitens der verantwortlichen Räte des Landes fußen auf der Zuversicht, daß auch die Braunschweiger Tagung von echt evangelischem Geiste beseelt sein wird, von dem Geiste nicht nur evangelischer Glaubensfreudigkeit und Tatkraft, sondern auch evangelischer Milde und evangelischen Gerechtigkeitssinns, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß im Kulturleben stets und ständig Rücksicht zu nehmen ist auf die Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes.

Es folgte eine Begrüßung des Bundes im Namen des Landeskonsistoriums durch den Präsidenten Severs-Wolfenbüttel, der zum Schluß mitteilte, unter stürmischem Beifall der Versammelten, daß eine Anzahl von Gemeinden mit Genehmigung der zuständigen Behörden 3500 Mark zur Förderung der Bundesaufgaben und insbesondere zur Unterstützung der neuen Gemeinden in Oesterreich aufgebracht und dem Braunschweigischen Hauptverein überwiesen habe.

Für den Magistrat der Stadt Braunschweig hielt Oberbürgermeister Retemeyer die Begrüßungsansprache.

Generalsuperintendent Degering begrüßte den Evangelischen Bund namens des geistlichen Kollegiums der Stadt Braunschweig.

Die theologische Fakultät der Universität Göttingen vertrat Professor D. Titius, der betonte, daß der Evangelische Bund niemals eine theologische Richtung zu ungunsten der übrigen unterstützt habe, sondern stets bestrebt sei, bei aller Wahrung der vollen Forschungsfreiheit, alle, die am Evangelium festhalten, um sein Banner zu scharen.

Die Antwort auf diese Ansprachen übernahm seitens des Zentralvorstandes der erste

Vorsitzende von Lessel.

Wir kommen nicht als Friedensstörer, Hetzer oder wie unsere intimsten Feinde uns nennen mögen, das liegt uns fern. Wir stehen heute wie vor 22 Jahren noch auf unserem Programm, das in der Wormser Kundgebung seinen letzten präzisen Ausdruck gefunden hat und dessen Quintessenz schlechthin lautet, daß wir andere Ueberzeugung ehren, aber für uns das gleiche fordern. In Düsseldorf aber prägte man Fürst Bülows patriotisches Wort in die konfessionelle Form um: „Katholiken in Deutschland voran!“ In Ansehung der unerhörten Angriffe, die dieser Tage von derselben Seite gegen den evangelischen Konfirmandenunterricht und unsere Pfarrer gerichtet wurden, und anderem, was in Düsseldorf geschehen, klingt das wie ein Signal, das dem Einbruch vorangeht. Das veranlaßt den Gegenruf: „Habt acht!“ Wir wollen keine Vorherrschaft, aber wir wollen auch nicht als Hörige hinter anderen herkommen. (Minutenlanger stürmischer Beifall.) Mag man uns für Wegekraut halten, das wegen seiner Unscheinbarkeit nicht geachtet und wegen seiner Bescheidenheit mißachtet wird. Ein niedersächsischer Mann von ganz besonderer Art, Herr von Bismarck-Schönhausen, hatte den Wahlspruch:

Das Wegekraut sollst lassen stahn,
Hüte dich, 's sind Nesseln dran.

(Stürmischer, immer wiederholter Beifall.)

Schriftliche Begrüßungen waren u. a. eingegangen vom Deutschen Kirchenausschuß und vom altkatholischen Bischof Demmel-Bonn. In der Versammlung wurden schließlich auch die Telegramme bekannt gegeben, die vom Präsidium an den Kaiser und Herzog-Regenten abgesandt worden sind.

Am Nachmittage fand die sehr gut besuchte erste Mitgliederversammlung statt. Der Direktor und geschäftsführende Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Lic. Everling sprach über das Thema: „Zur Jahresarbeit und Zeitlage.“

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 6. Oktober.

Hallescher Knappschaftsverein. Wie aus dem uns vorliegenden Geschäftsbericht hervorgeht, zeigte das Jahr 1907 wieder für den Verein einen starken Fortschritt. Die Mitgliederzahl ist von 23 110 am Jahresanfange auf 25 543 am Schlusse des Berichtsjahres, also um 2433, gestiegen. Die Einnahmen an Kapitalzinsen sind entsprechend der weiteren Zunahme des Vermögens von 114 676,65 Mark im Vorjahre auf 133 263,26 Mark im Berichtsjahre, also um 18 586,61 Mark gewachsen. Das Anwachsen des Mitgliederstandes trug wesentlich dazu bei, daß die Mitgliederund Werksbeiträge auf 2 169 514,14 Mk. gegen 1 903 311,90 Mk. im Vorjahre, also um 266 202,24 Mk. gestiegen sind. Auf ein aktives Mitglied kommen im Durchschnitt an laufenden Mitgliederbeiträgen 38,65 Mk., an laufenden Werksbeiträgen 38,52 Mk. An Strafgeldern flossen der Vereinskasse 707 Mk. zu. Hierunter befinden sich 510 Mark Ordnungsstrafen, die gegen Betriebsunternehmer wegen Versicherung von Mitgliedern in zu niedrigen Beitragsklassen verhängt worden sind. Die von der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse gewährte, nach der Höhe der abgeführten Beiträge bemessene Vergütung für die im Interesse der genannten Kasse erledigten Arbeiten betrug 15 658,89 Mk. Zu den im Jahre 1906 an die Wettiner und Löbejüner Benefizianten gezahlten laufenden Unterstützungen wurde durch das Königl. Oberbergamt eine Staatsbeihilfe in Höhe von 5000 Mark gewährt. Für das Jahr 1905 belief sich die Staatsbeihilfe auf 12 877,36 Mk. An sonstigen Einnahmen waren 16 521,24 Mk. zu verzeichnen, hierunter befindet sich der Erlös für das dem Saalkreiser Knappschaftsvereine gehörige Ackergrundstück in Löbejün in Höhe von 7030,83 Mk. Die Gesamt-Ist-Einnahme aus dem Berichtsjahre, 2 342 577,43 Mark, ist um 287 271,84 Mk. höher als die im Vorjahre (2 055 305,59 Mk.). Von der Gesamteinnahme entfallen auf ein aktives Mitglied im Durchschnitte 134,47 Mk. Zu den 78 238,73 Mark betragenden Verwaltungskosten haben die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse, die Haftpflichtkasse und der Arternsche Unterstützungsfonds insgesamt 17 351,09 Mk. Zuschuß geleistet, so daß aus den Knappschaftsmitteln nur 60 887,64 Mk. Verwaltungskosten aufgewendet wurden. In diesem Betrage sind 14 079,62 Mk. Vergütungen für die Knappschaftsältesten und für Krankenkontrolle und 3104,20 Mk. für die Beschaffung von Inventar enthalten. Die Höhe der sonstigen Ausgaben wurde durch verschiedene einmalige außerordentliche Aufwendungen gegenüber dem Vorjahre ungünstig beeinflußt. Die Gesamt-Ist-Ausgabe ist von 1 558 299,86 Mark im Vorjahre auf 1 784 549,83 Mk. im Berichtsjahre, also um 226 249,97 Mk. gestiegen. Von der Gesamt-Ausgabe entfallen im Durchschnitte auf ein aktives Mitglied: für Gesundheitspflege 25,93 Mk., an laufenden Unterstützungen 27,37 Mk., an außerordentlichen Unterstützungen 0,28 Mk., an Sterbegeldern 0,56 Mk., an Verwaltungskosten 3,40 Mk., an sonstigen Ausgaben 2,97 Mk., von der Ausgabe insgesamt 60,51 Mk. Das Gesamtvermögen stellte sich im Anfange des Berichtsjahres auf 3 668 456,08 Mk., am Jahresschlusse auf 4 278 533,85 Mk., so daß die Vermögenszunahme 610 077,77 Mk. beträgt. Hierzu ist zu bemerken, daß das Vermögen vom versicherungstechnischen Standpunkte aus bei weitem nicht ausreicht, die Ansprüche der pensionsberechtigten Mitglieder zu decken. Im Durchschnitt berechnet sich das Vermögen auf ein ständiges Mitglied am Jahresschlusse 1907 auf 568,18 Mk. gegen 538,93 Mk. im Vorjahre. Auf den Kopf der Gesamtbelegschaft von 25 543 Mann berechnet, stellt sich das Durchschnittsvermögen auf 167,50 Mk. gegen 157,73 Mk. im Vorjahre.

Der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten (Ortsverein) hält am Donnerstag abend 9 Uhr im „Schultheiß“, Poststraße, eine Sitzung mit folgender Tagesordnung ab: Geschäftliches; Aufnahme der Merseburger Verbändler in den Ortsverein Halle; Stenographenkursus; Ausbildung der Dienstanfänger; die Generalversammlung des Beamtenkonsumvereins. Sämtliche Herren Postgehilfen und Anwärter sind eingeladen.

Der evangelische Festspielverein veranstaltet am kommenden Donnerstag abend ½9 Uhr im „Wintergarten“ einen Rezitationsabend. Zum Vortrag sollen gelangen: „Das Glück“ von Decken, „Nach 25 Jahren“ von Aßmussen und der „Dorfkrieg“ von Schaumberger. Da ein gutes Klavier zur Verfügung steht, sind auch musikalische Darbietungen erwünscht.

Der Deutsche Radfahrerbund veranstaltet für D. R. B. und D. M. B.-Mitglieder am Sonntag eine Wanderfahrt für Krafträder nach Dessau über eine kurze Strecke und eine Dauerfahrt über eine größere Strecke. Das Startgeld für die kurze Strecke beträgt 3 Mark, für die größere Strecke 5 Mark. Die Fahrer müssen um 2 Uhr mittags in Dessau eintreffen. Meldungen und nähere Bestimmungen bei Wilh. Münster, Marktplatz 24, Halle a. S.

Die Gewerkvereins-Liedertafel kann sich in diesem Monat eines doppelten Jubiläums erfreuen. Am 13. Oktober sind es 25 Jahre, als sich die Liedertafel im Hotel „Stadt Magdeburg“ gründete. Der schon damals gefaßte Wahlspruch: „Zusammenschluß in Harmonie durch das Lied“ hat die Mitglieder jederzeit beseelt, so daß es ihnen vergönnt war, immer im besten Einvernehmen unter sich, wie auch mit den Wirten des Lokals zu verkehren. Neben dem 25jährigen Bestehen kann der Verein gleichzeitig ein 25jähriges Jubiläum im Vereinslokal feiern. Die Feier des 25. Stiftungsfestes wird am 10. Oktober im großen Saale der Kaisersäle begangen werden; sie besteht aus Konzert, Theater und Ball. Das Programm weist neben schönen Musikstücken (ausgeführt von der Kapelle des Musikdirektors Thiem) 2 Männerchöre und 2 gemischte Chöre, davon je 1 mit Orchesterbegleitung auf, auch gibt dem Feste ein szenischer Prolog, darstellend Arbeit, Frohsinn, Lied, Harmonie und Genius, einen ganz besonderen Anstrich. Den Schluß bildet ein parodistisches Singspiel „Alt-Heidelberg“, und ein Ball. Programme sind zu haben bei den Herren Taube, Leipzigerstr. 94, Beyer, Schmeerstr. 2, Drägestein, Fritz Reuterstr. 4 und Gerloff, Torstr. 52.

Evangelischer Arbeiterverein.

Die gestrige Hauptversammlung des Evangelischen Arbeitervereins wurde eröffnet mit einer Ansprache des Herrn Pastor Meinhof, in der er unter herrlichen Naturbetrachtungen auf die Bedeutung des Erntedankfestes hinwies. — Sodann folgte ein Bericht des Herrn Kühme über das 28. Jahresfest des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit zu Hannover. Das erste Thema war:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081006047/fragment/page=0002

Vermischtes.

Ein schweres Verbrechen ist in Köpenick entdeckt worden. Der Fabrikarbeiter Schmalle wurde in einem Torweg besinnungslos auf dem Boden liegend aufgefunden. Auf der Polizeidirektion machte Sch. den Eindruck eines Betrunkenen und man schaffte ihn daher nach einer Zelle, damit er dort seinen vermeintlichen Rausch ausschlafen sollte. Einige Zeit später fand man ihn tot auf dem Fußboden liegend auf. Der Arzt entdeckte bei näherer Untersuchung der Leiche an dem Kopf eine Wunde, die von einem stumpfen Instrument herrührte. Als Todesursache stellte er einen Schädelbruch fest, der durch einen Schlag herbeigeführt worden ist. Es wurde festgestellt, daß Sch. auf dem Heimweg vom Tanz rücklings überfallen und zu Boden geschlagen worden ist. Die Polizei hat bereits zwei Verhaftungen in der Sache vorgenommen. Die Leiche ist von der Kgl. Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Ein Drama in der Kaserne. Vor kurzem war in der Kaserne der Petersburger Gardejäger der Bursche des Hauptmanns Ellers ermordet aufgefunden worden. Gestern entdeckte die Polizei die Mörderin; es ist die Geliebte des ermordeten Burschen, die von drei Gardejägersoldaten zur Beraubung der Wohnung des Hauptmanns Ellers angestiftet war. Das Mädchen tötete den Burschen, während die Räuber 1000 Mark stahlen. Sie hatten der Mörderin für ihre Beihilfe 6 Mark gegeben.

Ein gelungener Gaunerstreich. In Würzburg kamen nachts zwei Unbekannte zu fünf Fuhrwerksbesitzern und bestellten Fuhrwerk in die Birkenfelder Gegend. Drei Viertelstunden von diesem Ort entfernt machte man dann Halt. Mit Stöcken und Stangen wurde das Obst an der Landstraße von den Bäumen geschlagen und verladen. Drei Fuhrwerke mußten wieder leer heimgeschickt werden und kehrten auch ohne Bezahlung um. Die beiden anderen, die mit 80 Zentner Obst beladen waren, wurden dann auf den nächsten Markt gefahren. Dort wurde das Obst zum Schleuderpreise von 3,50 Mark pro Zentner verkauft, und die Fuhrleute wurden ebenfalls wieder ohne Lohn nach Würzburg heimgeschickt. Die beiden Männer sind dann mit der Einnahme verschwunden.

Deutsche Erpresser in Italien. Vor einigen Wochen erhielten vier angesehene Magnaten, die in Schlesien ihren Wohnsitz haben, gleichlautende Drohbriefe, in denen eine bestimmte Summe Geld gefordert wurde, wenn mit Enthüllungen über ihre Person zurückgehalten werden sollte. Sie benachrichtigten sofort die Polizei, der es auf diplomatischem Wege gelang, in Italien erst den einen der Briefschreiber zu fassen und dann zwei seiner Gehilfen festzunehmen. Die in Verona Verhafteten sind zwei Deutsche, während der dritte aus Sofia sein will. Nach der „Berl. Ztg. a. M." scheint dieser Mann, der das Haupt der Bande ist, ein berüchtigter internationaler Verbrecher zu sein, der den deutschen Strafbehörden nicht unbekannt sein dürfte.

Ausgrabungen in Zirl. In dem Tiroler Dorfe Zirl, das bekanntlich unlängst von einer Brandkatastrophe zerstört wurde, wurden beim Grundausheben zu einem Neubau interessante Bronzefunde gemacht: Haarnadeln, Armreife, Fibeln, Lanzenspitzen, ferner mehrere Beigefäße zu Urnen und zahlreiche Urnenstücke. Diese Funde im Zusammenhang mit den früheren deuten darauf hin, daß an jener Stelle ehemals ein römischer Urnenfriedhof sich befunden hat. Das Grundstück, auf dem diese Funde gemacht wurden, ist ein ehemaliger Bestandteil des Schlosses Fragenstein, dessen Ruine dem Landschaftsbilde von Zirl einen ungemein malerischen Reiz verleiht. Auf einem anderen Baugrundstücke wurde eine wahrscheinlich aus den Tiroler Freiheitskämpfen stammende Granate gefunden.

Von einem Automobil totgefahren wurde zwischen Neviges und Langenberg der Lohgerbereibesitzer Posch; er wurde sofort getötet.

Grausiger Gattenmord. Die Arbeiterfrau Muschel in Lipine zündete ihre Ehemann, nachdem sie ihn mit einem Stock bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und mit Petroleum begossen hatte, an. Muschel starb bald darauf. Die Mörderin wurde verhaftet.

Standesamts-Nachrichten.

Halle-Nord. 5. Oktober 1908.

Aufgeboten: Der Landbriefträger Otto Oelschläger, Bitterfeld, u. Margarete Voigt, Trotharstr. 20. Der Maurer Richard Bärwinkel, Gr. Brunnenstr. 46, u. Emma Schroedter, Trödel 20.

Eheschließungen: Der Kaufmann Otto Grams, Am Kirchtor 27, u. Margarete Blumenthal, Leitergasse 2. Der Privatdozent Dr. phil. Oskar Keller, Hermannstr. 5, u. Gertrud Rackwitz, Wilhelmstraße 21. Der Arbeiter Paul Wolf u. Marie Feiler geb. Busch, Advokatenweg 28.

Geboren: Dem Geschäftsdiener Hermann Langhammer T. Ella, Rich. Wagnerstr. 33 Dem Schmied Karl Wiedan S. Karl, Thalstraße 18. Dem Modelltischler Richard Koch S. Paul, Laurentiusstraße 17. Dem Kalkulator Karl Löffelholz T. Margarete, Lessingstraße 20. Dem Fabrikarbeiter Karl Emmen S. Karl, Angerweg 11. Dem Modelltischler Paul Tannrath S. Gerhard, Belforstr. 12. Dem Hilfsschaffner Ernst Prinz S. Helmut, Cröllwitzerstr. 10. Dem Former Friedrich Müller S. Arno, Falstr. 1.

Gestorben: Der Stadtrentmeister Ferdinand Achilles, 64 J., Jägerplatz 10. Der Näherin Anna Ida Emilie Gründler T. Hildegard, Gr. Wallstr. 38. Die Witwe Margarete Gittel geb. Nitzsche aus Papitz, Nervenklinik. Des Missionars Karl Hofsmann S. Wilhelm, Wittekindstr. 44. Des Geschirrführers Karl Berger T. Marie, Gr. Brunnenstr 56.

Halle-Süd. 5. Oktober 1908.

Aufgeboten: Der Handarbeiter Gustav Dathe u. Anna Hinsche, Grünstr. 27. Der Geschirrführer Otto Wolf u. Martha Zabel, Wörmlitzerstr. 106.

Eheschließungen: Der Arbeiter Richard Göhre, Jakobstr. 30, u. Anna Ohme, Glauchaerstr. 37. Der Schlosser Hermann Jentsch u. Marie Brüneder, Rannischestr. 7. Der Maschinenformer Ernst Klostermann, Langestr. 13, u. Marie Matthias, Domplatz 5. Der Mittelschullehrer Richard Jenrich, Nixdorf, u. Anna Hofmann, Gr. Klausstr. 23. Der Polizeisergeant Friedrich Müller, Neideburgerstr. 3, u. Käthe Burkhardt, Krukenbergstr. 10. Der Arbeiter Paul Scholz u. Pauline Schreiber, Schlosserstr. 4.

Geboren: Dem Arbeiter Wilhelm Engel S. Paul, Weingärten 25. Dem Bahnarbeiter Robert Deparade S. Walter, Lerchenfeldstr. 12. Dem Böttcher Otto Reinicke S. Otto, Gottesackerstr. 11. Dem Bahnarbeiter Wilhelm Haft T. Margarete, Merseburgerstr. 161. Dem Bäckermeister Wilhelm Dockhorn T. Anneliese, Ritterstr. 6. Dem Modelltischler Gustav Bode S. Gustav, Gerberstr. 9. Dem Schneider Hermann Hohndorf S. Walter, Pfännerhöhe 29. Dem Kaufmann Max Tille T. Charlotte, Dorotheenstr. 17. Dem Schuhmacher Wilhelm Stiebing T. Erna, Gerberstr. 5. Dem Dreher Johannes Ritter S. Werner, Raffineriestraße 1. Dem Böttcher Hugo Keller T. Gertrud, Südstr. 50. Dem Metallschleifer Paul Liebmann T. Margarete, Huttenstr. 5b. Dem Kaufmann Wilhelm Schmidt T. Erika, Krukenbergstr. 23. Dem Arbeiter Josef Piekonka S. Ernst, Krukenbergstr. 4. Dem Weichensteller Franz Knöfel S. Werner, Am Bauhof 8.

Gestorben: Des Wiegemeisters Karl Löwe S. Walter, 1 J., Röpzigerstr. 12. Des Arbeiters Ernst Helmert S. Franz, 11 Sdt., Trödel 4. Des Maschinisten Robert Wilke S. Kurt, 4 Mon., Kleine Ulrichstr. 14. Des Invaliden Georg Nebling T. Frieda, 7 Mon., Spitze 37. Die Witwe Johanne Männicke geb. Lichtenfeld, 81 J., Krukenbergstr 22. Des Lokomotivführers Paul Pflegel S. totgeb., Krausenstr. 2. Olga Thinius aus Jessen, 27 J., Klinik. Des Geschirrführers Karl Leuther T. Elly, 6 Tage, Prinzenstr. 3. Marie Göhre aus Ober-Wiederstedt, 20 J., Klinik. Der Schneidermeister Eduard Hohmuth aus Gleina, 54 J., Klinik. Des Bahnarbeiters Richard Fuchs S. Richard, 3 Mon., Brunoswarte 26. Der Arbeiter Hermann Didzjdzeit, 51 J., Kuttelhof 13. Des Landwirts Gustav Fernau aus Leuna T. Frieda, 8 J., Klinik. Des Schriftsetzers Max Praetsch S. Hans, 6 Mon., Glauchaerstraße 28. Des Schneiders Johannes Büqué T. Erna, 1 Mon., Dieskauerstr. 8. Der Friseur Karl Ruhland aus Weißenfels, 26 J., Elisabeth-Krankenhaus.

Auswärtige Aufgebote.

Der Arbeiter Hermann Wiegand, Halle a. S., u. Anna Pfeil, Wörmlitz. Der Postbote Robert Böttcher, Halle a. S., u. Ida Staudte, Hergisdorf. Der Mechaniker Otto Richter, Brachwitz, u. Lina Nilius, daselbst.

Standesamt Diemitz.

Geboren: Dem Steinbildhauer Bernhard Gustav Wenzel 1 Sohn Max Willi. Dem Lokomotivhilfsheizer Gustav Max Pössisch 1 Tochter Gertrud Frieda Sidonie. Dem Kutscher Friedrich Gustav Schneider 1 Sohn Gustav Kurt. Dem Schlosser Friedrich Max Hollbach 1 Sohn Friedrich Max. Dem Lokomotivführer Wilhelm August Hermann Dahms 1 Sohn Karl Paul. Dem Hilfsmaschinisten Eduard Otto Emil Schlichting 1 Sohn Bruno Eduard. Dem Arbeiter Hermann Engelhardt 1 Sohn Paul Otto. Dem Bahnarbeiter Paul Ossobowsky 1 Sohn Karl Heinz.

Eheschließung: Der Eisendreher Karl Franz Paul Wölbing u. Anna Wolfram, beide in Diemitz.

Gestorben: Des Schmieds Heinrich Robert Wilhelm Laue T. Emma Luise, 1 J. Des Arbeiters Karl Mehlig T. Gertrud, 4 J. Des Arbeiters Johann Hermann Albert Artur Greiner S. Friedrich Wilhelm, 13 J. Des Arbeiters Gustav Hermann Rappsilber T. Sophie, 1 J. Des Kunstgärtners Hermann Puff S. Richard Max Hermann, 2 Mon. Der verehel. Schlosser Klara Gotsche T. Anna, 7 J. Des Weichenstellers Wilhelm Franz Albrecht T. Luise Margarete, 2 J.

Hallescher Marktbericht

vom 6. October.

Eier pro Mandel	1,15—1,30 M.	Blumenkohl pr. St.	0,15—0,40 M.
Butter pro Stück	0,65—0,70 „	Rotkohl pro Stück	0,12—0,20 „
Hühner pro Stück	1,50—2,50 „	Weißkohl pro Stück	0,08—0,15 „
Hähne pro Stück	0,80—2,75 „	Wirsingkohl p. Stck.	0,06 0,08 „
Enten pro Stück	3,00 4,00 „	Grünkohl p. Stück	0,04 0,07 „
Gänse pro Stück	5,00—6,00 „	Salat pro Stück	0,03—0,04 „
Tauben, jg., p. Paar	0,80—1,20 „	Kohlrüben pro Stck.	0,05—0,08 „
Hasen pro Stück	2,80—3,75 „	Kohlrabi pro Stück	0,02—0,03 „
Kaninchen pr. Stück	1,10—1,40 „	Radieschen 2 Bdch	0,05 0,06 „
Rebhühner p. Stück	0,80—1,25 „	Zwiebeln pro Mdl.	0,12—0,15 „
Fasanenhähne p. St.	3,00 3,75 „	Sellerie pro Stück	0, 5—0,08 „
Fasanenhühner St.	1,80 2,25 „	Kartoffeln pr. Ztr.	3,00—3,50 „
Aepfel pro Mdl.	0,15—0,50 „	„ „ 5 Liter	0,28—0,35 „
Birnen pr. Mdl.	0,20—0,50 „	Schweinefleisch Pfd	0,70—0,88 „
Pflaumen p. Ztr.	0,13—0,15 „	Hammelfleisch „	0,70—0,85 „
Pfirsiche pro Mdl.	1,00—1,50 „	Rindfleisch „	0,75—0,90 „
Preißelbeeren p. Ltr.	0,28—0,30 „	Kalbfleisch „	0,80—1,10 „
Mohrrüben pr. Mdl.	0,09—0,12 „		

Ein wohlschmeckendes Familiengetränk statt Kaffee und Tee bildet eine Abkochung von „Kufeke" in Milch (1 Teelöffel auf 1 Tasse Milch 5 Minuten gekocht), welches von Kindern und Erwachsenen gern genommen wird und sich in vielen Familien eingeführt hat. Auch als Suppe Vorspeise) wird es in vielen Familien gegessen (1 Eßlöffel auf 1 Teller) und als sehr angenehme Krankenspeise für Kinder und Erwachsene bevorzugt.

Bacher's Woll-Wasch-Seife
verhindert das Einlaufen und Verfilzen wollener Strümpfe u. Unterkleidung. Allein zu haben bei:
Julius Bacher, Halle S., Leipzigerstr. 12.

Kauft Kreuzstern. **MAGGI's Bouillon-Würfel** zu **5 Pfg.** für eine große Tasse.
Man achte darauf, daß jeder Würfel auf der Umhüllung den Namen MAGGI u. die Schutzmarke (Kreuzstern) trägt.

Vermietungen.

Leipzigerstr. 70 71, I. Etage, große, helle Kontor-Räume per sof. od. später zu verm.

Bureau-Räume, auch für Rechtsanwälte passend, sofort oder später zu vermieten **Martinsberg 19.**

Gewerbliche Räume (Bahnnähe) mit Kraft sofort oder später zu vermieten. **Leipzigerstr. 70,** Kontor.

2. Etage Reilstr. 2 p. sofort oder später zu vermieten Preis 800 M. (17075 Näheres **Stephanstr. 12.**

Brüderstr., halbe II. Et. a. 750 Mk. per 1. 4. 09, 5 Piecen, Küche, Speisekamm., Bad, Innenklosett, 1 Mansarde, 1 Bodenkamm. 2 Keller. Näh. Gr. Steinstr. 84.

Schwetschkestraße 33, I., Sonnens., freundl. Wohn., 4 Z., Spkt., Gas, Garten u. s. Zub., 500 M. an ruh. kinderl. Leute zu vermieten. 17290

Hochherrsch. Etage versetzungshalber per 1. 4. 1909 eventuell früher, **Kirchtor 8a, I. Etage** zu vermieten. 17286

Mühlweg 21 herrschaftl. Wohnung mit 2 Balkons u. all. Komfort 1. April zu verm. Besicht. 11—2 Uhr. 17214

Bernburgerstrasse 9, II. herrschaftliche Wohnung, fünf Zimmer u. Zubehör, Bad, Gas, Balkon z. 1. 4. 1909 zu vermieten.

Fritz Reuterstr. 16 Ecke L. Wachterstr., schöne Lage, 6 Zimm., Kamm., Küche, Balk. 2c., 800 Mk., 1. April 1909 an ruh. ält. Mieter. Zu erfragen im Parterre.

Zu gesunder, ruh. Wohnlage zwei herrschaftl. Etagen, empfehlenswert für einz. Damen od. kinderl. Eheleute sof. od. später zu verm. Preis 1550 resp. 600 M. Näh. Kirchtor 24, II. **A. Krantz.**

Möblierte Wohnungen.

Gut möbl. Zimmer an bess. Herrn zu vermieten. Kl. Brauhausstr. 23, III. r. (Ecke Sternstr.). 17199

Mietsgesuche.

Wohnung, Kontor und Fabrikräume ca. 100 Quadratm. per 1. 4. 09, Lage gleich, auch Ammendorf. Beding. Elektr. Bahn-Nähe. Offerten **Julius Kühnstr. 4, I.** 17291

Offene Stellen

Männliche.

Ein Herr, gleich wo wohnh., sof. gesucht z. Verkauf v. **Zigarren** an Wirte, Händler 2c. Vergtg. ev. 250 M pro Mt. oder hohe Prov. **A. Rieck & Co., Hamburg.**

Grabsteingeschäft sucht f. Halle u. Umgegend einen tüchtigen, fleißigen, redegem. **Vertreter.** Offerten unter **F. 29140** an die Exped. d. Bl.

3—20 Mk. tägl. könn. Pers. Nebenerw. d. Schreibarbeit. häusl. Tätigkeit, Vertretg. 2c. Näheres Erwerbszentrale i. Freiburg i. Br.

Patentanwalt sucht Ingenieur oder techn. Büro zwecks Uebernahme seiner Vertretung für Halle S. Offert. u. **B. 29114** a. d. Exp.

Jüngerer Kommis für Kolonialwarengesch. per sofort gesucht. Offerten unt. **P. 28984** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Halle a. S.** 17207

Zu sofort gesucht älterer, zuverlässiger Schreiber, welcher schon im Rechtsanwaltsbureau tätig war. 17261 **Rechtsanwalt Müller, Leipzigerstraße 74, I.**

Wir suchen für unser Landesprodukten-Engros-Geschäft sof. einen Lehrling mit Einjähr.-Zeugnis. Gefl. Off. sub **B. S. 2171** an **Rudolf Mosse, Halle a. S.** erbeten.

Weibliche.

Kindergärtnerin I. Kl. per sofort event. auch später zu 3 Kindern im Alter von 9, 7 und 3½ Jahren gesucht. Offerten mit Gehaltsanspruch. unter **A. 29112** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Halle a. S.** 17281

Lernende Verkäuferin unter günstigen Bedingungen sofort gesucht. Off. mit Bild erb. **Carl Müller,** Bad Kösen.

Stellen-Gesuche.

Männliche.

Heizer, solid u. nüchtern, sucht Stellung. Werte Offerten an **O. Lathan,** Glauchaerstr 28.

Weibliche.

Geb. ja. Mädchen, im Kochen u. Haushalt erfahren, **sucht Aufnahme** in gutem Hause, wo dasselbe sich in feinerer Küche und gesellschaftlichen Formen ausbilden kann. Vollständ. Familienanschluß ohne gegenseitige Vergütung. Off. unt. **T. 28996** an die Exped. d. Ztg.

Empf. jüng. Mädch. m. g. Zeugn. **Laura Hoff,** Stellenvermittlerin, Rannischestr. 5.

Brennholz-Verkauf der Arbeitsstätte der Evang. Stadtmission **Weidenplan 5,** Telephon 2007. 1 Korb 45 ₰, 10 Körbe 4 M 1 Meter 11,50 M frei ins Haus. Harzige Knuppen (Aeste) für größere Feuerung zum selben Preise. Nur gutes Kiefernholz.

Der bewährte und allein echte **Dr. Kahleyss'sche Magenliqueur** aus der Liqueurfabrik von **H. Kahleyss & Co., Radegast i. A.,** ist aus den feinsten, magenstärkenden Bestandteilen bereitet und hat sich bei gestörter Verdauung u. chronischem Magen- u. Darmkatarrh als sehr wirksam erwiesen. Er ist zu haben in Flaschen a 1.25 M und 2 M. bei den Herren 1278 **J. H. Reussner,** A. d. Moritzkirche 1. **Sprengel u. Rink,** Leipzigerstr. **Oscar Klose,** Gr. Ulrichstr. 55.

Damentuch, Ia. Qualität in neuesten Farben zu eleganten Promenadenkleidern, **Billardtuch** und **moderne Anzugstoffe** für **Herren u. Knaben** versende billigst, jedes Maß. **Proben frei!** **Max Niemer, Sommerfeld N.-L.**

Karl Pritschow's Buchbinderei Bernburger Str. 28 und Brandenburger Str. 5 fertigt alle Buchbinder-Arbeiten in tadelloser Ausführung. Preiszip: **Pünktlichste Lieferung.** *Buchdruckerei.*

Magenleidenden teile ich aus Dankbarkeit gern und unentgeltlich mit, was mir von jahrelangen, qualvollen Magen- und Verdauungsbeschwerden geholfen hat. **A. Höck,** Lehrerin. **Sachsenhausen** b. Frankfurt a. M.

Vermischtes.

Geb. prof. erz. Dame, 33 J., stattl. Erschein. m. etw. Verm. w. sich m. ält. geb. Herrn i. gef. P. z. v. W. m. K. n. ausg. Off. u. K. 3137 Exp. d. Z.

Pfarrhaus in Anh. nimmt **zurückgebl. Schüler** z. sorgfältl. Einzelunt. in **Pension.** Preis mäßig. Offerten unter **C. 28439** an die Exped. d. Bl.

Frauenleiden behandelt mit Erfolg Krankenpflegerin **Kratzenberg, Berlin,** Rhinowerstr. 5. 17269

Grauer Kater entlaufen. Gegen Belohn. abzug. 17274 **Herold, Händlerstr. 27.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081006047/fragment/page=0003

Kathreiners Malzkaffee ist — nach Vorschrift zubereitet — der wohlschmeckendste und bekömmlichste Morgenkaffee.

Amtliche Bekanntmachungen.

Beschluß.

Für den Regierungsbezirk Merseburg wird die Schonzeit für Rehkälber auf die Monate November und Dezember des Jahres 1908 ausgedehnt.

Merseburg, den 26. September 1908.

Der Bezirksausschuß zu Merseburg.

Bekanntmachung.

Gewerbeanmeldung betreffend.

Nach § 14 der Gewerbeordnug für das Deutsche Reich, bezw. § 52 des Preußischen Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 muß jeder, der den Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, hiervon der Gemeindebehörde des Ortes, wo solches geschieht, vorher oder gleichzeitig Anzeige erstatten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Anmeldungen für den hiesigen Stadtbezirk bei uns und zwar entweder schriftlich oder mündlich in unserem **Gewerbesteuer-Bureau, Rathaus, Zimmer Nr. 42** zu erfolgen haben.

Halle a. S., den 1. Oktober 1908.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach § 14 Absatz 1 d. R.-G.-O. haben alle Personen, welche den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes anfangen, der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde, das ist in Preußen der Gemeindebehörde und in Halle dem Steuerbureau des Magistrats, Anzeige zu machen. Außerdem haben diejenigen, welche Versicherungen für eine Mobiliar- oder Immobiliar-Feuerversicherungsanstalt als Agenten oder Unteragenten vermitteln wollen, bei Uebernahme der Agentur, und diejenigen, welche dieses Geschäft aufgeben, oder welchen die Versicherungsanstalt den Auftrag wieder entzieht, innerhalb der nächsten 8 Tage der zuständigen Behörde, das ist in Preußen der Ortspolizeibehörde ihres Wohnortes, davon Anzeige zu machen.

Buch- und Steindrucker, Buch- und Kunsthändler, Antiquare, Leihbibliothekare, Inhaber von Lesekabinetten, Verkäufer von Druckschriften, Zeitungen und Bildern haben ferner bei der Eröffnung ihres Gewerbebetriebes das Lokal desselben sowie jeden späteren Wechsel des letzteren spätestens am Tage seines Eintritts der zuständigen Behörde ihres Wohnortes, das ist wiederum in Preußen die Orts-Polizei-Behörde, anzugeben.

Zuwiderhandende unterliegen der Bestrafung aus § 148 der Reichs-Gewerbe-Ordnung.

Bemerkt wird noch, daß die nach obengenannten Paragraphen bestehende Verpflichtung der in Vorstehendem genannten Gewerbetreibenden, die Eröffnung des Gewerbebetriebes auch im Steuerbureau des Magistrats anzumelden, durch die Anmeldung bei der Polizei-Behörde nicht erfüllt wird, sondern außerdem noch zu erfolgen hat.

Halle a. S., den 3. Oktober 1908.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Ueberschüsse, welche in der vom 23. Septbr. bis 26. Septbr. 1908 beim städtischen Leihamte abgehaltenen Versteigerung der in dem Monat Juni 1907 versetzten und erneuerten Pfänder (Pfandnummer von 43501 bis 46696 und Pfandscheine in braunem Druck) erzielt sind, sowie die in der Versteigerung freigewordenen Pfänder sind innerhalb der einjährigen Präklusivfrist

vom 7. Oktober 1908 bis 6. Oktober 1909

bei der Kasse des Leihamts gegen Rückgabe der Pfandscheine und gegen Quittung in Empfang zu nehmen.

Alle in dieser Zeit nicht abgehobenen Ueberschüsse und freigewordenen Pfänder verfallen dem Reservefonds des Leihamts bezw. der Ortsarmenkasse.

Halle a. S., den 6. Oktober 1908.

Das Leihamt der Stadt Halle a. S.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von **300 bis 500 Zentner Gerstenschrot** soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden.

Angebote hierauf sind verfiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen nebst Proben bis

Freitag, den 9. Oktober 1908, vormittags 11 Uhr

bei der unterzeichneten Verwaltung, Freimfelderstraße 42, einzureichen.

Halle a. S., den 2. Oktober 1908.

Die Verwaltung des städtischen Schlacht- und Viehhofes.

Bekanntmachung.

Die mit einem Gehalte von jährlich 1000 Mk., welches in dreijährigem Zeitraume um je 50 Mk. bis zum Höchstbetrage von 1400 Mk. — steigt, nebst 75 Mk. Wohnungsgeld und 25 Mk. Kleidergeld jährlich dotierte Stelle eines **Polizeisergeanten** in hiesiger Stadt soll **schleunigst** anderweitig besetzt werden. (17212

Zivilversorgungsberechtigte, qualifizierte Militäranwärter werden hiermit aufgefordert, ihre Bewerbungsgesuche unter Beifügung eines Lebenslaufs, der Zeugnisse, sowie eines Gesundheitsattestes **bis zum 15. Oktober d. Js.** hierher einzureichen.

Die Anstellung erfolgt auf Lebenszeit, jedoch während der ersten 3 Dienstjahre und bis zum vollendeten 30. Lebensjahre gegen dreimonatliche Kündigung.

Der Anstellung hat eine Probedienstzeit von 6 Monaten bei gegenseitiger vierwöchentlicher Kündigung vorauszugehen.

Querfurt, den 30. September 1908.

Der Magistrat. Pasie.

Seidlitzsche höhere Mädchenschule

Karlstr. 6.

Beginn des Winterhalbjahrs: **Dienstag, den 20. Okt.** Aufnahmeprüfung 9 Uhr. Anmeldungen in die 10 Schulklassen nimmt vom 18. Oktober an morgens 11—1 Uhr entgegen

die Vorsteherin: **Emma Seydlitz.**

Alumnat der berechtigten Realschule Blankenburg-Harz

nimmt jederzeit neue Zöglinge auf. Persönliche Leitung des Direktors. Berechtigung zum einj. Dienst. Prosp. durch d. Dir. **Rhotert.**

Grosser Abbruch.

Zuckerraff. Halle, Hospitalplatz, Tel. 87, bill. zu verkaufen: **50000 laufende Meter Balken, Rahmen, Sparren u. Säulenhölzer** jeder Länge und Größe, wie neu, **Latten, Pfosten, Bretter, Fußboden, Türen, Fenster, große Posten Mauer- u. Dachsteine,** neues Format, **T-Träger** in jeder Länge und Stärke, **I-Träger, Säulen und Feuerholz usw.,** alles in großen Massen, wie neu.

Hochherrschaftliche Wohnung,

ca. 10 Zimmer, Zentralheizung, 1. 10. **zu vermieten.** (9503

Näheres **Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6.**

Intelligenter Kaufmann

findet bei großer **Aktiengesellschaft** durch akquisitorische Tätigkeit **feste Anstellung mit Pensionsberechtigung.**

Sorgfältige, tokenlose Einarbeitung. 17215

Ausführl. Off. unter **B. T. 2150** an **Rudolf Mosse, Halle a/S.**

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 7. ds. Mts., nachmittags 4½ Uhr versteigere ich in der Restauration von Dähne in Teicha gegen sofortige Barzahlung: **1 Bierapparat, ein Billard, 6 Tische, 15 Stühle, 1 Sofa, 1 Ladentisch, 1 Fleischklotz, 1 Ladenregal, 1 eisernen Kessel, 1 Zigarrenabschneider, 2 Figuren, 1 Waschmaschine, 1 Schneidebrett** und noch **verschiedene andere Gegenstände.**

Pinkel, Gerichtsvollzieher.

Grundstücks-Versteigerung.

Am **Montag,** den 19. Oktober 1908, nachmittags 3 Uhr, soll das in **Klein-Mühlau** (Stationen Jeßnitz oder Raguhn) belegene **Mühlengrundstück** der **Lieschescheschen** Erben samt Aeckern, sowie lebendem und totem Inventar im **Lieschescheschen** Gasthof zu **Klein-Mühlau** versteigert werden. Bietlustige werden aufgefordert, sich einzufinden. 17272

Im Auftrag der Lieschescheschen Erben

Dr. Niemann, Rechtsanwalt, **Dessau.**

Grundstücke.

Agenten nicht lesen!

Gut verzinsl. **Haus,** Großstadt, mit Zigarrengeschäft, worin nachweislich nebst freier Wohnung 5000 Mk. **verdient** werden, in für 30 000 Mk. mit 10000 Mk. Anz. zu verkaufen. Nur Zahlungsf. woll. Off. u. **H. 3135** an die Exp. d. Ztg. abg.

Herrschaftl. Einfamilienhaus mit Garten im Königsviertel, Geschäftslage, **zu verkauf.** oder **zu vermieten.** Näh. **Königstr. 72.**

Herrschaftl. Haus, Zentrum, Botanischen Garten, Sealepartien, trankh. verk. Nehme außerh. kl. Objekt in Zahl. U. Wertage. Off. u. E. 29121 a. d. Exp.

Materialw.-Geschäft mit Hausschlachten, lange Jahre im Betrieb, ist umständehalber sofort zu verpachten. Zur Uebernahme gehören ca. 1000 Mark. Alles Nähere mündlich bei **F. Vetter, Magdeburg,** Tränsberg 11, 2 Tr. 17270

Bierniederlage.

Auswärtige Großbrauerei sucht geeignete Räume für Bierniederlage mit Gr. Keller, Pferdestall und Hofraum zur Miete oder zu kaufen. Offerten unter F. 3133 an die Exped. 17244

Ein- oder Zweifamilienhaus mit Garten zu kaufen od. mieten **gesucht.** Offerten an die Exped. d. Ztg. unter **E. 3132.** 17242

Kleineres Grundstück, welches sich zu **Geschäftszwecken** eignet, am liebsten im Neumarktviertel, **zu kaufen gesucht.** Off. unter **B. F. 2172** an **Rudolf Mosse,** Halle a. S. 17275

Geldverkehr.

Hypotheken-Kapital,
10 Jahre fest, bis 60% der Taxe, für Halle und Vororte.
M. Oberlaender,
Bankkommission.
Alte Promenade 6.
Telephon 1149.

Geld-Darlehn ohne Bürg., m. Ratenrückzahl., gibt schnellst. **Marcus, Berlin,** Bornholmerstr. 9a (Rückp.)

Mk. 27000

1. Stelle auf Wohnhaus, beste Wohnlage, **gesucht.** Offerten **Julius Kühnstr. 4,** I erbeten.

Zum 1. Jan. 1909 suche eine Hypothek von

20000 Mark

zur I. Stelle auf eine in bester Lage im Nordviertel gelegene Villa, Angebote unt. **B. R. 2148** an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4.

12-14000 Mk.

auf **gut verzinsl. Geschäftshaus** zur II. Stelle innerhalb der Brandkasse per 1.11. 09 zu 5%, **nur** aus **Privathand** zu leihen **gesucht.** Off. unt. **C. 28846** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Halle S.**

4200 Mark

z. 2. Stelle auf gutverzinsl. Eckhaus von Selbstg. p. 1.1. 09 ges. Off. u. **Oo 933** a. d. Exp. d. Bl.

Hildesheimer Allgemeine Zeitung und Anzeigen

(Gerstenbergsche Zeitung)

erscheint siebenmal wöchentlich

= (täglich mindestens 8 Seiten Umfang) =

= mit 5 wertvollen Gratisbeilagen. =

Preis beim Postamt **nur 2.00 Mk.,** täglich ins Haus gebracht 42 Pfg. mehr. Aelteste u. nachw. verbreitetste Zeitung in Stadt u. Land Hildesheim.

Ueber 100 Jahre

im dauernden Besitze der Firma Gerstenberg. Die Großinserenten Deutschlands, welche ihre Fabrikate in Mittelhannover und seiner kaufkräftigen Bevölkerung absetzen wollen, bevorzugen die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung u. Anzeigen", welche in Stadt und Land Hildesheim die überwiegend größte Verbreitung hat, als

erstes Insertions-Organ.

Aeußerst vorteilhafte, sichere

Kapitalanlage

mit Aussicht auf **bedeutenden Kursgewinn** bietet sich durch **Beteiligung** — auch mit kleinen Beträgen — an einem **durchaus soliden, sehr aussichtsreichen Unternehmen,** welches, in **flottem Betrieb** befindlich, **stetig steigende Erträgnisse** abwirft. Rente steigt mit der größten Wahrscheinlichkeit in einigen Jahren schon auf **15—20%** des heutigen Kaufpreises der Anteile. Ernstliche Reflektanten belieben wegen näherer Auskunft zu schreiben unter **A. 4212** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Dortmund.**

FRANKFURT A.M.
TÜRK & PABST's
Rühmlichst bekannte:
Anchovy-Paste. Sardellen-Butter.

S. Roeder's Bremer Börsenfeder

seit nahezu 40 Jahren **bekannt u. weltberühmt** als **beste Schreibfeder.**

Man schützt sich vor minderwertigen Nachahmungen **nur,** wenn man beachtet, dass **jede Feder den Namen S. Roeder trägt,** und dass die Schachteln mit dem gesetzlich geschützten Kennworte **„Jedem das Seine"** versehen sind.

Schreibarbeiten jeder Art,

wissenschaftl. u. geschäftl., **Hand u. Maschine,** Vervielfältigungen Rundschrift, Stenographie u. a. liefert

Hallische Schreibstube.

Gemeinnütz. Unternehmen. Beschäftigung Stellenloser Hilfskräfte für Schreib-, Kontor-, Bureauarbeit auf Stunden und Tage, auch ins Haus und nach auswärts. (4750

Karlstraße 16. Fernsprecher 2794.

Unterricht.

Damen u. Herren,

welche ihre kaufm. Kenntnisse behufs Erlangung einer gut bezahlten Stellung verbessern oder sich überhaupt erst für das Kontor ausbilden wollen, erhalten (17265

eine gründliche Ausbildung

in allen Kontorfächern oder nur in einf., dopp. und amerik. Buchführung, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschrift etc. etc. Vorkenntnisse nicht nötig. Tages- und Abendkurse. Mässiges Honorar. Teilzahlung gestattet. Prospekt gratis.

Bücherrevisor Carl Gieseguth's
Handelslehranstalt, Halle a/S., Sternstrasse 10.
Fernruf 3013.
Nur Einzelunterricht.

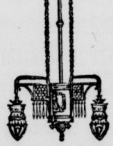
Verkäufe.

Mineralien-Sammlung (z. T. Kristalle) preiswert **zu verkaufen.** Offerten unter **G. 3134** an die Expedition d. Ztg.

Zu verkaufen (billig): großer Stollberg-Automat, große Säulenbohrmaschine, kleines Motorrad. 17263

Wilh. Münster, Marktplatz 24

Eduard Eder
Halle a. S.
Spiegelstrasse 12



Beleuchtungskörper
für **Gas, Spiritus und Petroleum.**
Moderne Muster.
Reichste Auswahl in allen Preislagen.

Neues Auerlicht
Grätzinlicht
sowie **sämtl. Ersatzteile.**

Gaskocher, Gasbrat- und -Backöfen
bewährtester Systeme.

Gasplätten
Bade-Einrichtungen
Sitz- und Badewannen.
Zimmerklosetts — Bidets.

Große Speckflundern, Aal, Bücklinge, Neunaugen, Aal u. Hering in Gelee, Bismarckh., Brath., Rollmops, ff. Sauerkohl bei **Herm. Lucke,** Alter Markt 31.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19081006047/fragment/page=0004